



Bypass ohne Spange Nord realisieren

E-Mail

Medien der Stadt Luzern

Medienmitteilung

**Mediensperfrist:
16. April 2018, 13.00 Uhr**

Luzern, 16. April 2018

Die Planungen zur Spange Nord zeigen, dass für diesen Autobahnzubringer massive Eingriffe nötig sind, die negative Auswirkungen auf die Lebensqualität und das Stadtbild haben. Der Stadtrat fordert deshalb Bund und Kanton auf, auf die Spange Nord zu verzichten und den Bypass ohne den Anschluss Lochhof und die Spange Nord zu realisieren.

Mit dem Bypass – einem neuen Autobahntunnel zwischen Ibach und Kriens – sowie der Spange Nord sollen die bisherige Autobahn und die Innenstadt ab zirka 2030 vom Autoverkehr entlastet werden. In Abstimmung mit dem Generellen Projekt des Bundes zum Bypass hat der Kanton Luzern das Vorprojekt Spange Nord erarbeitet. Der Kantonsrat wird voraussichtlich in seiner Mai-Session über einen Sonderkredit von 6,5 Millionen Franken für die Planung des Projekts «Spange Nord und Massnahmen für den öffentlichen Verkehr» entscheiden.

Hoher Nutzen für die Agglomeration

Für den Stadtrat ist der Bypass die zentrale Massnahme, um den Engpass auf der Autobahn A2 im Raum Luzern zu beseitigen. Er verbessert die Erreichbarkeit der Zentralschweiz und der Agglomeration Luzern vor allem in Zeiten hoher Verkehrsbelastung. Durch die Erhöhung der Leistungsfähigkeit verhindert der Bypass zusammen mit dem Ausbau Nord auf der Autobahn A14 zudem ein Ausweichen des Verkehrs durch das Stadtzentrum von Luzern.

Die Planungen für die Spange Nord hingegen zeigen, dass für diesen Autobahnzubringer massive Eingriffe nötig sind. Bereits 2014 und 2017 hat der Stadtrat in seiner Stellungnahme zum Vorprojekt zur Spange Nord die negativen Auswirkungen auf die Lebensqualität und das Stadtbild kritisiert. Diese stellen aus Sicht des Stadtrats einen zu hohen Preis für die Stadtbevölkerung und insbesondere für die Quartierbevölkerung im Umfeld der geplanten Spange Nord dar. Der Stadtrat gewichtet die negativen Auswirkungen höher als den Nutzen der Spange Nord. Er fordert deshalb Bund und Kanton auf, auf die Spange Nord zu verzichten und den Bypass ohne den Anschluss Lochhof und die Spange Nord zu realisieren.

Teilweise doppelt so breit

Die grösstenteils drei- bis vierspurige Spange Nord bringt für die Quartiere von der Zürichstrasse über den Schlossberg und das Friedental bis zur Reussmatt und zur Fluhmühle eine hohe Verkehrsbelastung und damit starke Lärmimmissionen. Abschnittsweise wird die Strassenbreite gegenüber heute verdoppelt. Dies schränkt nicht nur die Lebensqualität ein, sondern erschwert und verteuert auch die baulichen Entwicklungen. Hinzu kommt, dass durch die zusätzlichen Fahrspuren am Schlossberg der bereits knappe Bewegungsraum für die Kinder des Schulhauses Maihof eingeschränkt wird. Die für den Anschluss der westlichen Quartiere vorgesehene Fluhmühlebrücke führt zu einer massiven Beeinträchtigung des Landschafts- und Erholungsraums Reusstal.

Die Spange Nord führt zwar zu einer Entlastung der Innenstadt im Bereich Kasernenplatz bis Schweizerhofquai. Dies ermöglicht die Realisierung einer durchgehenden Busspur vom Pilatusplatz bis zum Schweizerhofquai. Die Strassenbreite kann dadurch aber nicht reduziert werden, und die Trennwirkung für den Fussverkehr bleibt bestehen. Keine Entlastung für die Innenstadt bringt die Spange Nord im Bereich Halden- und Zürichstrasse. Der Verkehr nimmt in diesem Bereich tendenziell zu. Insbesondere im Bereich vor dem Luzernerhof wird sich die Stausituation akzentuieren.

Weniger Stau, mehr Mobilität

Der Stadtrat ist überzeugt, dass eine weitere Entlastung der Innenstadt auch ohne Spange Nord möglich ist. Trotz Bevölkerungs- und Wirtschaftswachstum ist die Verkehrsbelastung durch den motorisierten Individualverkehr in der Innenstadt in den vergangenen Jahren zurückgegangen. Mit der konsequenten Umsetzung der städtischen Mobilitätsstrategie und damit insbesondere der Förderung der flächeneffizienten Verkehrsmittel und der Umsetzung des Gesamtverkehrskonzeptes Agglomerationszentrum Luzern kann die Innenstadt weiter vom Verkehr entlastet und gleichzeitig mehr Mobilität ermöglicht werden.

Im Gegensatz zum Bypass beurteilt der Stadtrat den Nutzen der Spange Nord auch für die Agglomerationsgemeinden als gering. Er ist der Ansicht, dass die geforderte Verkehrsentslastung und Verbesserung der Erreichbarkeit insbesondere der Rontaler Gemeinden mit anderen Massnahmen zielführender realisiert werden können. Der Stadtrat anerkennt die Herausforderungen der Agglomerationsgemeinden und ist bereit, durch gemeindeübergreifende Planungen Hand für zukunfts-trächtige Lösungen zu bieten.

Weitere Auskünfte erteilt Ihnen:

Stadt Luzern

Umwelt- und Mobilitätsdirektion

Stadtrat Adrian Borgula

Telefon: 041 208 83 22

E-Mail: umd@stadtluzern.ch

erreichbar: Montag, 16. April 2018, 11 bis 12 Uhr